

## Zur Verhinderung der Getreide- einfuhr aus der Ukraine.

Ein Spiegelbild sozialdemokratischer „Konsumenten-  
politik.“

Die österreichische Bevölkerung muß weiter darben, weil die Sozialdemokraten und sonstigen Feinde des Brotfriedens von Brest-Litowsk es unserer Regierung, die sich gar zu leicht einschüchtern läßt, nicht erlauben, daß wir uns unter militärischer Mitwirkung von den gewaltigen Ueberschüssen an Lebensmitteln aus der Ukraine holen, was wir benötigen.

Nicht immer waren die Sozialdemokraten solche grimmige Feinde der Lebensmitteleinfuhr. Als es noch in Oesterreich selber Lebensmittel in Hülle und Fülle gab, als das Kilogramm bestes Rindfleisch noch in beliebiger Menge ohne jedes Anstellen zum Preise von Kr. 1.20 erhältlich war, als in den Gasthäusern das Gulasch noch 30 bis 40 Heller kostete und die schmachhaftesten Wiener Würste zu 16, 20, 24, 30 und 40 Hellern zu haben waren, als man das feinste Mehl in beliebiger Menge zu 30 bis 40 Hellern bekommen konnte, als die Gemüse- und Obstmärkte täglich mit allen nur erdenklichen Produkten überfüllt waren, als die herrlichsten Kartoffeln, wenn sie mehr als 8 Heller kosteten, von den Käufern kaum angesehen wurden, als man für eine Krone zehn bis zwanzig und mehr Eier bekam und für 3 bis 4 Kr. ein Kilogramm Butter, als das Krügel Bier 20 bis 30 Heller und das Viertel Wein 20, 24, 30 Heller kostete, damals, ja damals schwärmten die Sozialdemokraten für die Einfuhr, damals schrien sie Tag und Nacht nach „Öffnung der Grenzen“, damals mußten Hunderttausende irre-

geführte Arbeiter auf die Ringstraße, um für die Einfuhr von Gefrierfleisch aus — Argentinien zu demonstrieren, weil angeblich das einheimische, in Wien erhältliche Fleisch „unerschwinglich“ sei und die Bevölkerung ohne das Gefrierfleisch aus Argentinien verhungern müßte und weil die heimischen Viehproduzenten, die Bauern und die Fleischhauer und Selcher „lauter Wucherer“ seien, die man mit der Einfuhr aus Argentinien niederkonkurrieren müsse! Ein „roter Revolutionssonntag“ wurde damals im September 1911 für die Einfuhr von Gefrierfleisch aus Amerika veranstaltet, zahllose Reden wurden dafür gehalten, noch mehr Fenster-scheiben von Kellerwohnungen eingeschlagen, jugendliche Demonstranten unbedenktlich den Waffen der Sicherheitswache und des Militärs entgegengetrieben und in den Tod gehetzt, zahlreiche andere dem Kerker überliefert. Alles für das Gefrierfleisch, für die Lebensmitteleinfuhr, für die Grenzöffnung. So groß war damals die Begeisterung der sozialdemokratischen Führer für die Einfuhr und für die Niederkonkurrierung des einheimischen bäuerlichen und gewerblichen Mittelstandes!

Jetzt aber, da auch für 8 bis 16 Kr. nur mit Mühe Fleisch erhältlich ist, da die Märkte leer sind, da das Obst ausbleibt, Kartoffeln selten, Kraut unsichtbar und selbst Rüben ein Lederbissen geworden sind, jetzt, da die Bevölkerung pro Kopf und Woche nur ein achtel Kilo Mehl und pro Kopf und Tag nur ein kleines Stückchen Brot bekommt, jetzt, da sich alles nach einer Lebensmittelzufuhr sehnt, weil alles hungert mit Ausnahme der Kriegsschmarozer, jetzt sind die Sozialdemokraten gegen die Lebensmitteleinfuhr!

Noch vor kurzem schwärmte Abg. Dr. Renner im Abgeordnetenhaus sogar für Einfuhrprämien, die der Staat aus den Steuergeldern den Importindustriellen zu ihrem Geschäftsgewinn noch dazuzahlen sollte! Und heute verweigert die nämliche Sozialdemokratie der ausgeplünderten, hungrigen Bevölkerung die Zufuhr von Getreide, Mais, Hülsenfrüchten und Zucker aus der Ukraine! Freilich, die Ukraine liegt nicht in Amerika wie Argentinien, sondern in unserer Nachbarschaft und wenn sich unser Militär ins Mittel legt, müssen die Importindustriellen, denen die Sozialdemokratie Einfuhrprämien zugesprochen hat, leer ausgehen. Auch die Lebensmittelwucherer und Spekulanten würden, sobald die Bevölkerung billig aus den Ueberschüssen der Ukraine versorgt würde, keinen Rebhach mehr machen. Aber denen gegenüber redet die Sozialdemokratie nicht vom „Niederkonkurrieren“, sie sind freilich weder einheimische Gewerbetreibende noch Bauern, sondern zumeist aus dem Osten, aus der Richtung der Bolschewiken zugereiste Kriegsschmarozer.

Als unsere heimischen, bodenständigen Landwirte gegen die Masseneinfuhr fremder Konkurrenzware Einspruch erhoben, weil sie sonst zugrunde gehen müßten, gab es keine Rücksichtnahme, da antwortete ihnen aus dem roten Lager ein Hurongeschrei, obwohl damals kein Bedarf nach Lebensmitteleinfuhr bestand und alles in Hülle und Fülle und zu erträglichen Preisen da war! Jetzt erheben die bolschewikischen Räuberbanden und großrussischen Plündererbanden gegen die vertragsgemäße Einfuhr von ukrainischem Getreide nach Oesterreich Einspruch und sofort legt sich die nämliche Sozialdemokratie ins Mittel und setzt bei der Regierung durch, daß nicht der Wille der österreichischen Verbraucher, sondern der Wille der Bolschewiken erfüllt und unsere darbenende Bevölkerung um die Früchte des Brotfriedens gebracht wird.

Die Wiener, die Oesterreicher werden es nie vergessen, wem sie es zu verdanken haben, daß sie nach dem Brotfrieden weiterhungern mußten und daß gegen sie die österreichische Sozialdemokratie mit den bolschewikischen Räuberbanden Großrusslands gemeinsame Sache machte.